

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Christine Lucyga
MdB zur Notwendigkeit
eines verantwortungs-
bewußten Umgangs mit
der Vergangenheit: Ein
notwendiger Nachsatz
zum "Fall" Woltemath.

Seite 1

Michael Müller MdB zur
Notwendigkeit des so-
zial-ökologischen Um-
baus der Industriegesellschaft: Den Fort-
gang der Zivilisation si-
chern.

(Teil II).

Seite 2

Dokumentation:

Die Initiative für Frieden
(FIAS) hat eine Solida-
ritätsadresse mit den
Kriegsgegnern in Ju-
goslawien erarbeitet,
die wir im Wortlaut do-
kumentieren.

Seite 5

46. Jahrgang / 227

28. November 1991

Ein notwendiger Nachsatz zum "Fall" Woltemath Zur Notwendigkeit eines verantwortungsbewußten Umgangs mit der Vergangenheit

Von Dr. Christine Lucyga MdB

Haben wir die Vergangenheit schon "im Griff"? Oder hat sie uns? Oft gerate ich in Versuchung, das Letztere zu glauben, wenn sich erweist, daß Ex-Stasi-Laute immer noch beliebig an Fäden ziehen können, die uns zu unfreiwilligen Marionetten machen können - diese Gefahr besteht vor allem, wenn wir nicht zu einem differenzierteren Umgang mit unserer Geschichte kommen. Bekanntlich galt schon in der Antike als bewährtes Requisit politischen Rufmordes, fleißig zu verleumden, damit etwas Klebenbleibe.

In einer ganz ähnlichen Situation befinden wir uns: die notwendige Aufarbeitung unserer Vergangenheit setzt leider oft auch viel Destruktives frei. In diesem Sinne offenbart der "Fall" Käthe Woltemath weitaus mehr als eine rein persönliche Tragödie: hier wird auch etwas sichtbar von dem Dilemma, in dem wir alle stecken, wenn sich Vergangenheitsbewältigung in pauschalen Schuldzuweisungen und beliebigen Konstruktionen aus Vermutungen und Teilwahrheiten ergeht und damit unter Umständen ganze Menschengruppen diskreditiert werden.

Manchmal habe ich den Eindruck, als ginge die Saat des Stasi-Spitzelstaates jetzt erst richtig auf und frage mich, wem es denn wirklich nützt, wenn wir Kräfte, die wir dringend für die Bewältigung von praktischen Tagesaufgaben brauchen, auf solch destruktive Weise binden. Ich hoffe, daß es Senatsmitgliedern und dem Oberbürgermeister Rostocks auch künftig gelingt, im Interesse unserer praktischen politischen Arbeit und des Ansehens der SPD vor Ort Demontageversuchen einzelner Persönlichkeiten zu widerstehen und ich zweifle nicht daran, daß die Haltung und Lauterkeit unseres OB Klaus Kilimann für uns in diesem Sinne eine Garantie dafür ist, daß durch Spekulationen nicht die Lösung wichtigerer Probleme blockiert wird. Ich möchte, nach all diesen heillosen Debatten, mich auch endlich einmal wieder auf meinen politischen Instinkt verlassen können, auf meine "Spürnase" für menschliche Integrität, die mich auch in DDR-Zeiten relativ gut vor falschen Freunden bewahrt hat, und die im wesentlichen darauf beruht, Menschen vor allem an ihren Taten zu messen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundlicher Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Jetzt muß für uns gelten: Bevor wir auf Beschuldigungen aus zweifelhaften Quellen (was sonst sind denn ehemalige Stasispitzel, die nun Ihre "Informationen" auf dem freien Markt anbieten) eingehen, wird in jedem derartigen Falle durch Einzelprüfung der Nachweis einer persönlichen Schuld des Betroffenen zu erbringen sein. Nichts anderes kann nach den Prinzipien des Rechtsstaates zählen; jede Pauschalverurteilung ist unzulässig. Woher eigentlich wollen wir das notwendige Selbstbewußtsein entwickeln, um uns im geeinten Deutschland gleichberechtigt behaupten zu können, wenn wir uns immer wieder neuer Pauschalbeschuldigungen erwehren müssen? Behaupten kann man vieles, nur; man muß es auch beweisen können (letzteres an die Adresse der "Super!").

Für eine rechtlich begründete Beweisführung ist die Gauck-Behörde zuständig, deren Überprüfungsergebnissen ich mehr Objektivität bescheinige als den bisher unbewiesenen Aussagen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Aber es gibt auch Gewissensentscheidungen zu treffen, die dem Einzelnen niemand abnehmen kann. Auch Käthe Woltemath wird sich der Gewissensprüfung unterziehen müssen, ob es nicht so etwas wie eine objektive Kompromittierung gibt, zu der man sich mit Verantwortungsgefühl und Ehrlichkeit bekennen muß, nicht zuletzt um den Wert dessen zu bewahren, was sie selbst für Hilfsbedürftige geleistet hat.

(-/28. November 1991/rs/fr)

Den Fortgang der Zivilisation sichern (Teil II)

Zur Notwendigkeit des sozial-ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft

Von Michael Müller MdB

3. Klimaschutz und Umbau der Industriegesellschaft

Die Fortschritts- und Wirtschaftstheorien der Moderne haben ihre Rechnung ohne die Natur gemacht. Die historisch beispiellose Ausbreitung von Kapital, Technik und Wissen nimmt auf ökologische Belastungsgrenzen wenig Rücksicht, Umweltgüter werden noch immer vorrangig unter ökonomischen Nutzungsgesichtspunkten gesehen. Wirtschafts- und Lebensweisen lassen sich jedoch nicht beliebig gegen die Natur organisieren, das gilt sowohl für das westliche als auch für das östliche Wirtschaftsmodell. Die Zentralverwaltungswirtschaften sind zusammengebrochen, weil sie Wirtschaft und Gesellschaft wie eine "zentral zu lenkende Maschine" (Saslawskaja) verstehen; die westlichen Wachstumsmodelle werden ebenfalls scheitern, wenn sie weiterhin am wirtschaftlichen Eigennutz als oberstes Prinzip festhalten. Diese Modelle sind aus ökologischen Gründen nicht verallgemeinerungsfähig und zukunftsverträglich. Egoistische Interessen, auf den privaten Vorteil ausgerichtete wirtschaftliche Organisationsformen und der alltägliche Geschwindigkeitsrausch der Industriegesellschaften beginnen sich gegen die Urheber zu richten. Die Natur, von deren Zwängen sich die Menschheit der Moderne weitgehend befreit geglaubt hat, wird wieder zum Subjekt globaler Veränderungen.

Im globalen Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Wachstumsinteressen, sozialer Ungleichheit und der Entwertung von Energie und Materie zeichnen sich die Konflikte der weiteren Zukunft ab. Um ihre Gefahren so gering wie möglich zu halten, sind gewaltige reformpolitische Anstrengungen zum Schutz der Ökosysteme und zur größeren sozialen Verteilungsgerechtigkeit, vor allem zugunsten der Entwicklungsländern, notwendig. Dies erfordert in erster Linie den sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaften und die Beseitigung der wachsenden Unterschiede in den Lebenschancen zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb der Industriegesellschaften, durch eine sozial- und umweltverträgliche "Weltinnenpolitik". Der entscheidende Schlüssel für die Bewältigung dieser Menschheitsaufgabe liegt in den hochindustrialisierten Ländern, denn nur sie verfügen über die technischen, ökonomischen und politischen Voraussetzungen, um die erforderlichen Reformen einzuleiten. Die Gestaltung

einer menschenwürdigen und umweltverträglichen Zivilisation wird die entscheidende politische Aufgabe in diesem Jahrzehnt sein. Sie ist nur mit einer Politik zu bewältigen, die die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen insgesamt nach qualitativen Zielsetzungen zum Ziel hat. Dabei geht es um eine Neudefinition reformerischer Politik, die sich den Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, nicht nur für die gegenwärtigen, sondern auch zukünftigen Generationen verpflichtet weiß.

Das industriewirtschaftliche Wachstumsmodell muß grundlegend reformiert werden, es krankt an seinen Wurzeln. Die industrielle Dynamik von Wachstum, Arbeitsteilung, Veränderung und Beschleunigung kann ohne ökologisch begründete Begrenzungen auf Dauer nicht mit den Bedingungen endlicher Rohstoffe und einer störanfälligen Umwelt in Einklang gebracht werden. Eine friedliche Zukunft der Weltgesellschaft erfordert, sowohl die Natur in die Entwicklung der Gesellschaft zurückzuführen, als auch die wachsende Kluft zwischen Nord und Süd in der Verteilung der Lebenschancen zu beseitigen. Soziale und ökologische Verantwortung müssen zusammengeführt werden, hierin liegt die Voraussetzung für ein Abbremsen des arbeitsbedingten Bevölkerungswachstums und eine Verringerung des sozialen Drucks, die in den Entwicklungsländern den Schutz der Natur zurückstellen und die mit einer weiteren Zunahme der sozialen Probleme sich in der Zukunft dazu noch stärker gezwungen sehen. Im Interesse sozialer Gerechtigkeit und für die Bewahrung der globalen Ökosysteme muß deshalb für die Zukunft der Weltgesellschaft der Leitlinie gelten, die Teilung zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb der Gesellschaften durch Teilen zu überwinden.

Der sozialökologische Umbau der Industriegesellschaften geht weit über den Handlungsrahmen der bisherigen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik hinaus. Sein Ziel ist eine neue "industrielle Revolution" nach den Prinzipien einer zukunftsverträglichen Entwicklung (sustainable development). Die Verwüstungen des Industriesystems an der Natur erfordern eine bewußte Rückschau auf die Kultur- und Industriegeschichte der Moderne, um ihre Fehlentwicklungen und umweltzerstörenden Organisationsformen zu korrigieren. Damit eröffnet sich die Chance für eine neue Betrachtungsweise der Wirklichkeit. Dieser Paradigmenwechsel in Politik und Gesellschaft schafft die Voraussetzung, um Reformantworten auf die Frage nach der Zukunft der menschlichen Zivilisation geben zu können und um zu einer veränderten Praxis in Politik und Gesellschaft zu kommen.

Diese Umgestaltungspolitik muß schnell eingeleitet werden. Das tatsächliche Ausmaß von Klimaänderungen zeigt sich erst zeitversetzt nach der troposphärischen Anreicherung der Treibhausgase. Wird diese Verzögerung nicht berücksichtigt, ist es für Gegenmaßnahmen zu spät. Dann bliebe lediglich die Anpassung an gründlich veränderte Lebensbedingungen. Dies vergrößerte angesichts zugespielter Verteilungskonflikte die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der 2. Golfkrieg hat hierfür mit militärischem High Tech gegen eine Dritte-Welt-Armee ein gefährliches Vorbild geliefert.

4. Klimaschutzpolitik

Der Schutz des Klimas erfordert die schnelle Verringerung der wärmestauenden Treibhausgase, die zur anthropogenen Klimaänderung beitragen, und damit den Umbau der Energieversorgung, tiefgreifende Änderungen im Verkehrssektor, eine Umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiewirtschaft sowie den Schutz der Wälder und Böden, insbesondere durch eine naturnahe Land- und Forstwirtschaft. Diese Aufgaben verlangen in erster Linie politische Entscheidungen auf allen Ebenen, aber auch individuelle Verhaltensänderungen. Nicht alles, was möglich ist, darf in Zukunft auch gemacht werden. Die Einsicht in ökologisch notwendige Begrenzungen wird immer mehr zur Bedingung der Freiheit.

An der künstlichen Veränderung des Treibhauseffektes sind folgende Sektoren mit folgenden Anteilen beteiligt:

- Energie- und Verkehrssektor mit 50 Prozent;
- troposphärische Anreicherung von Chemikalien mit 20 Prozent;
- Emissionen aus Landwirtschaft und Mülldeponien mit 15 Prozent;

- Vernichtung der Wälder und Bodenerosion mit 15 Prozent.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Hauptverursacher der anthropogenen Veränderungen in der Chemie und Dynamik der Troposphäre. Sie ist bei den beiden wichtigsten Sektoren Energie und Chemie mit weit überdurchschnittlichen Anteilen beteiligt.

- mit über zehn Prozent an der weltweiten Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Halonen und anderen klimarelevanten Chlorverbindungen. Ein Verbot für die Produktion und Anwendung dieser sowohl ozonschädigenden wie klimaverändernden Stoffen ist ein schneller und wirksamer Beitrag. Die spezifische Klimawirksamkeit der in der Bundesrepublik produzierten Chlorverbindungen ist sogar deutlich höher als die der Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung der heimischen Kohle;
- mit 5,3 Prozent an den weltweiten Kohlendioxid-Emissionen durch die Verbrennung von Erdöl, Gas und Kohle. Die Bundesrepublik Deutschland liegt damit weltweit nach USA (23,6 Prozent), UdSSR (18,6 Prozent) und China (10,1 Prozent) an vierter Stelle. Pro Kopf und Jahr liegen die durchschnittlichen Kohlendioxid-Emissionen in diesen Ländern mit 19,7 Tonnen in den USA, 13,2 Tonnen in der UdSSR, 1,9 Tonnen in China und 13,7 Tonnen in Deutschland sehr unterschiedlich. Der nationale Energieverbrauch ist in der Bundesrepublik 3,5 mal höher als im Weltdurchschnitt, der wiederum zu drei Viertel vom Energieverbrauch der Industrieländer geprägt ist. Allein in den alten Bundesländern sind viermal so viele Autos registriert wie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß nicht allein effiziente Technik die ökologischen Probleme lösen kann. Länder mit vergleichsweise ineffizienten Technologien und Verfahren sind weitaus geringer an den Umweltzerstörungen beteiligt als die hoch entwickelte Bundesrepublik. Die Verringerung der energiebedingten Emissionen ist jedoch ein Kernbereich jeder Klimaschutzpolitik, ohne den umweltverträglichen Umbau der Energieversorgung würden alle nationalen und internationalen Anstrengungen unterlaufen werden. Hierbei sind insbesondere die Industrieländer gefordert, sowohl um ihre Energienachfrage zu reduzieren als auch Entwicklungsländern moderne Energietechniken, insbesondere auf der Basis der Solarwirtschaft, zur Verfügung zu stellen.

Politische Maßnahmen zum Schutz des Klimas erfordern die stoffliche Umstrukturierung der Wirtschaftsprozesse, die Erhöhung der Energie- und Rohstoffeffizienz und eine Technik-, Regional- und Industriepolitik nach ökologischen Zielsetzungen. Hierfür sind eine Reform des ordnungsrechtlichen Rahmens, ökologische Qualitätsziele, ein breites Instrumentenbündel von Ver- und Geboten, Informationspflichten bis hin zu Abgabe-, Förder- und Anreizsystemen sowie eine grundsätzliche Neuorientierung der Unternehmensziele (zum Beispiel verbindliche Ökobilanzen) notwendig. Dies ist ohne eine Ausweitung demokratischer Beteiligungrechte in Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu erreichen. Nicht zuletzt ist auch die Bildungs- und Kulturpolitik gefordert, sowohl um das Umweltbewußtsein zu erhöhen als auch umweltverträgliche Verhalten zu fördern.

Der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen erfordert weitreichende Zielsetzungen:

- a) Das Klimasystem gehört zum gemeinsamen Erbe der Menschheit. Seine Bewahrung ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Dieses Ziel muß national und international als unveräußerliches Recht verankert werden.
- b) Die Institutionen der Vereinten Nationen müssen in der Weise gestärkt und reformiert werden, daß sie auf internationaler Ebene eine wirkungsvolle Umweltschutzpolitik durchsetzen können. Dazu ist ein ständiger Rat für Umwelt und Entwicklung einzurichten.
- c) Eine internationale Vorsorgestrategie zum Schutz des Klimas beinhaltet drei zentrale Zielsetzungen:
 - der sozial-ökologische Umbau der Industriegesellschaften;
 - eine neue solidarische Weltwirtschaftsordnung, insbesondere die schnelle Lösung der Schuldenkrise;

- ein ökonomischer und ökologischer Lastenausgleich der Industrieländer, die gewaltige Altlasten aufgeräumt haben, zugunsten der Entwicklungsländer.
- d) Der Schutz des Klimas erfordert eine "internationale Konvention zum Schutz des Klimas und zur zukunftsverträglichen Entwicklung", die von den Vereinten Nationen aufzustellen ist. Diese Konvention muß Ziele und Fristen für die Verringerung der anthropogenen Treibhausgase, gegenseitige Informationspflichten, Transfers umweltverträglicher Technologien und wirkungsvolle Sanktionsmechanismen verbindlich festlegen.
- e) Eine Verringerung der energiebedingten Treibhausgase durch rationelle Energieverwendung, energiebewußtes Verhalten und Aufbau der Solarwirtschaft um mindestens 30 Prozent bis zum Jahre 2005;
- f) ein Sofortverbot für Fluorchlorkohlenwasserstoffe, Halone und andere ozonschädigende und klimaschädliche Chlorverbindungen;
- g) ein wirksamer Schutz der Wälder und eine Umstellung der Agrarpolitik auf die Förderung naturnaher Methoden.

Die Untersuchungen der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" belegen, daß der Ausstieg aus der riskoreichen Atomenergie und wirksamer Klimaschutz vereinbar sind. Im Gegenteil: Erst durch den Ausstieg aus der Nukleartechnik wird die notwendige innovative und investive Dynamik für eine "Effizienzrevolution" (A. Lovins) freigesetzt und die erforderliche Energie- und industriepolitische Eingriffstiefe für den Klimaschutz erreicht. Die Atomenergie ist eine ineffiziente und unwirtschaftliche Energieform, eine Großtechnologie, die aus der heraus die Durchsetzung einer rationalen Energieverwendung blockiert. Trotz des gewaltigen finanziellen Aufwands ist mit fünf Prozent der Beitrag der Atomenergie an der weltweiten Energieversorgung sehr niedrig geblieben. Bei einem Vergleich der volkswirtschaftlichen Kosten für die Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen zwischen Energieeinsparung einerseits oder Ausbau der Atomenergie andererseits schneidet die rationelle Energieverwendung deutlich besser ab.

Mit der Nutzung der Atomenergie sind spezifische energiewirtschaftlich, technologische und organisatorische Strukturen und Zwänge verbunden, die die Entwicklung einer effizienten Energienutzung, von Kraft-Wärme-Kopplung oder Techniken auf der Basis regenerativer Energieträger erheblich erschweren. Bereits bisher hat die Konzentration von Kapital, Wissen und Forschung auf die Atomenergie in einem erheblichen Umfang die Entwicklung umweltverträglicher und ökonomisch sinnvoller Alternativen blockiert. Insofern ist der Ausstieg aus großtechnologischer, angebotsorientierten Strukturen und Zwängen der Energiemonopole, insbesondere der Atomenergie, die Voraussetzung für einen wirkungsvollen Klimaschutz. Die Alternative hierzu ist das Konzept der "Energiedienstleistungen", mit dem im Vergleich zu den heutigen Energiestrukturen etwa das Vierfache der Einsparpotentiale mobilisiert werden kann.

(Den dritten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/28. November 1991/rs/tr)

DOKUMENTATION

Jugoslawien braucht den Dialog, damit die Menschen leben können

Die Initiative für Frieden (IFIAS) hat eine Solidaritätsadresse mit den Kriegsgegnern in Jugoslawien erarbeitet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Trotz aller Vorwarnungen schaut Europa immer noch hilflos zu, wie in dem Vielvölkerstaat Jugoslawien die nationalen und politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in einen Bürgerkrieg eskalieren. Statt mäßigend auf die Volksgruppen einzuwirken, wurde von der

Europäischen Gemeinschaft zunächst einseitig Partei für die unversöhnliche Politik der Belgrader Regierung ergriffen, die um jeden Preis ein auseinanderfallen Jugoslawiens verhindern wollte. Heute gilt die ungeteilte Sympathie der meisten europäischen Regierungen dem Unabhängigkeitskampf Kroatiens. Auch den Nachbarländern Jugoslawiens sind große Mengen an Waffen nach Kroatien und Slowenien geliefert worden, Milizen und Kampfverbände wurden aufgestellt.

Mit dem Einsatz von Panzern und Bomben will die jugoslawische Armeeführung immer noch verhindern, daß die reichsten Republiken Slowenien und Kroatien den jugoslawischen Staat verlassen. Seit Monaten hat die Gewalt der Waffen das "Gesetz des Handelns" übernommen. Mit jedem Schuß rückt eine politische Lösung der seit Jahren aufgestauten politischen, nationalen und ökonomischen Konflikte in weite Ferne.

Politiker und Medien im Vielvölkerstaat haben mit dazu beigetragen, daß die Welle von Haß und Unversöhnlichkeit überschwappt. Statt zum Dialog wurde zur Hatz auf die Angehörigen der jeweils anderen Volksgruppe aufgerufen. Der völkerrechtlich und durch die jugoslawische Verfassung verbrieft Schutz von Minderheiten in den verschiedenen Republiken ging in den Haßtraden der politischen Führungen und der Meinungsmacher unter. Es wird Jahre dauern, bis diese Wunden der Diffamierung und Volksverhetzung wieder verheilen.

Jugoslawien zeigt erneut: Krieg ist kein Mittel der Politik. Gewalt löst keine Probleme, sondern verschärft sie und schafft neue. Jugoslawien braucht den Dialog, damit die Menschen überleben können.

Mit den "Müttern von Sarajewo", die zu Zehntausenden auch in Belgrad, Zagreb und Brüssel auf die Straße gingen, fordern wir:

- * Alle Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee gehören in die Kasernen zurück.
- * In den Republiken müssen die Waffen ruhen. Die gegenseitigen Überfälle bewaffneter Milizen muß aufhören.
- * Die gewählten Organe müssen das "Gesetz des Handelns" zurückerwerben und zur Versöhnung bereit sein.

Es muß in Europa alles getan werden, um weiteres Blutvergießen zu verhindern, und alles unterlassen werden, was die jeweils andere Seite provoziert. Die Friedensbewegung mischt sich ein, wenn es um die Verletzung der Menschenrechte geht. Die Verfolgten und Unterdrückten, die von Bomben und Panzern Bedrohten haben unsere ungeteilte Solidarität - gleich welcher Nationalität.

Wir wenden uns gegen Nationalismus, gegen die Unterdrückung von Minderheiten, gleich wo sie leben. Nationalismus war zu oft bereits der Beginn massenhaften Mordens. Für Jugoslawien gilt wie für viele andere potentielle "Brennpunkte" und auch für unser Land: Wir müssen lernen, mit unterschiedlichen Nationalitäten zu leben und eine Politik des Miteinander zu entwickeln. Dabei entscheiden die Völker Jugoslawiens über die Form ihres Zusammenlebens selber.

Das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Völker muß ebenso wie der Schutz von Minderheiten respektiert werden.

Säbelrasseln von außen steigert die Bedrohung für die Menschen in der Region. Den Völkern Jugoslawiens hilft keine einseitige Parteinahme: Die europäischen Regierungen sollten vor allem - auch wenn sie jahrelang versäumt haben, im heraufziehenden Nationalitätenstreit zu vermitteln - das Miteinanderreden über die Bürgerkriegsfronten hinweg fördern und wirksam jede Waffenlieferung in die Region zu unterbinden.

Wir rufen auf zu Mahnaktionen vor jugoslawischen Botschaften und Konsulaten, zu Spenden für die Friedensbewegung in Jugoslawien und zur Unterstützung von jugoslawischen Kriegsdienstverweigerern.

(-/28. November 1991/rs/ff)
